



HESSISCHER LANDTAG

04. 02. 2014

ULA

Berichts Antrag

**der Abg. Gremmels, Schmitt, Eckert, Lotz, Müller (Schwalmstadt),
Siebel, Warnecke, Hofmeyer, Waschke, Quanz (SPD) und Fraktion
betreffend Abwasser aus der Kaliproduktion**

Hessen ist ein Industriestandort mit Verantwortung für eine nachhaltige Industriepolitik, in der wirtschaftliche und ökologische Interessen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern zusammengeführt werden müssen. Nur mit einer nachhaltigen industriepolitischen Strategie ist es möglich, langfristig für Innovation, Arbeitsplätze, Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Dies gilt auch für den Kalibergbau in Nordosthessen. Die Zukunft des Kalibergbaus in Hessen, die Produktion weltweit nachgefragter Düngemittel und der Erhalt Tausender Arbeitsplätze sind ebenso wichtig wie die Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ULA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Was muss aus Sicht der Landesregierung im Hinblick auf die Abwasserproblematik aus der Kaliproduktion getan werden, um einerseits die Arbeitsplätze in der hessischen Kaliindustrie nicht zu gefährden und andererseits die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie und die Interessen der Menschen an einer ökologisch möglichst nicht belasteten Werra und Weser in Einklang zu bringen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die bisherige Arbeit des runden Tisches "Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion"?
3. Wie gehen die Landesregierung und nachgeordnete Behörden mit den Empfehlungen des runden Tisches um?
4. Wie bewertet die Landesregierung das von K+S umgesetzte Maßnahmenpaket zur Reduzierung der Abwässer aus der Kaliproduktion?
5. Welche Maßnahmen sind aus Sicht der Landesregierung notwendig, um die deutlichen Reduzierungen der Abwassermengen durch Beendigung der Versenkerlaubnis in 2015 sowie der Grenzwertreduzierung der Einleitung in die Werra um ein Drittel bis 2020 zu erreichen?
6. Wie bewertet die Landesregierung die verschiedenen Optionen zur Bewältigung der Entsorgungsproblematik (Pipeline in die Nordsee, Pipeline in die Oberweser, Eindampfung) mit Blick auf Kosten, Umweltauswirkungen (Energieeinsatz), Genehmigungsfähigkeit und Realisierungszeiträume?
7. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage, eine Einleitung der Salzabwässer in die Oberweser würde eine umweltgerechte Entsorgung darstellen?
8. Wie bewertet die Landesregierung das von der EU-Kommission gegen Deutschland eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren in Bezug auf mögliche Verstöße gegen die Wasserrahmenrichtlinie im Bereich von Werra und Oberweser?
9. Welche Konsequenzen hat das eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission im Hinblick auf den beim Regierungspräsidium Kassel eingereichten Antrag auf Bau der Oberweser-Pipeline?

10. Wie ist der aktuelle Stand der Gespräche der Landesregierung mit den Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen als Anrainerländer der vom runden Tisch 2010 empfohlenen Nordsee-Pipeline?

Wiesbaden, 4. Februar 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Gremmels
Schmitt
Eckert
Lotz
Müller (Schwalmstadt)
Siebel
Warnecke
Hofmeyer
Waschke
Quanz